

Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses vom 23.10.2017

Öffentlicher Teil

Ort: Senatssaal des Rathauses
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesenheit

Herr Dr. Stefan Fassbinder
Herr Professor Dr. Frank Hardtke
Frau Marion Heinrich i. V. für Frau Birgit Socher
Herr Dr. Jörn Kasbohm
Herr Dr. Andreas Kerath
Herr Peter Madjarov i. V. für Herrn Alexander Krüger
Herr Dr. Thomas Meyer
Herr Peter Multhauf
Herr Thomas Mundt i. V. für Herrn Axel Hochschild
Herr Milos Rodatos
Herr Dr. Rainer Steffens
Herr Erik von Malottki

Verwaltung

u. a.

Frau Sandra Schlegel
Frau Petra Demuth
Frau Stefanie Brucki
Herr Gero Maas
Frau Carola Felkl
Herr Winfried Kremer
Herr Jan-Peter Manske
Herr Steffen Winckler
Frau Barbara Breier
Frau Sarah Wiesenberg

Gäste

Herr Wittlinger - StöbenWittlinger GmbH
Frau Kuhnert - StöbenWittlinger GmbH
Herr Winter - arcona Management GmbH
Herr Earley - MPP Meding Plan und Projekt GmbH

Entschuldigt

Herr Axel Hochschild
Herr Alexander Krüger
Frau Birgit Socher

Abwesenheit

Herr Christian Kruse

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift vom 18.09.2017
4. Beschlusskontrolle
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
 - 5.1. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „Regenbogen“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 5.2. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“
Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder
 - 5.3. Personalentwicklungskonzept ab 2017
Dez. I, Amt 10
 - 5.4. Kein Ausweis von befristet niedergeschlagenen Forderungen unter 250,00 Euro im Rechnungswesen 2012 – Ausräumen B 56 Prüfbericht Jahresabschluss 2012
Dez. I, Amt 20
 - 5.5. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3, § 47 Abs. 2 und 48 Abs. 2 Nr. 16 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V
Dez. I, Amt 20
 - 5.6. Annahme einer Spende des Fördervereins Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek
Dez. I, Amt 41
 - 5.7. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)
Dez. I, Amt 41
 - 5.8. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen
Dez. II, Amt 32
 - 5.9. Information des Hauptausschusses über Vergaben im VOB-Bereich 1.Halbjahr 2017
Dez. II, Amt 60
 - 5.10. Konzept - Masterplan 100% Klimaschutz
Dez. II, Amt 60
 - 5.11. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Schönwalde II für das Programmgebiet „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“
Dez. II, Amt 60
 - 5.12. Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen
CDU-Fraktion
 - 5.13. Strandbad Eldena
SPD-Fraktion/Fraktion B90/DIE GRÜNEN, interfraktionell angestrebt

- 5.14. Fortschreibung Sozialanalyse 2016
Fraktion DIE LINKE
- 5.15. Zuschuss für Kleingartenverband
SPD-Fraktion
- 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
- 9. Mitteilungen der Präsidentin
- 10. Schluss der Sitzung

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister

. eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden, darunter die Mitglieder des Hauptausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest. 12 Mitglieder des Hauptausschusses sind anwesend.

TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.

Da die Investoren und Betreiber des vorgesehenen Hotels im A 9-Quartier heute vor Ort seien, hätten sie das Angebot gemacht, das Projekt vorzustellen und für Fragen zur Verfügung zu stehen.

. schlägt daher vor, die Tagesordnung folgendermaßen zu verändern:

TOP 5.1 „Vorstellung des Hotelvorhabens“

TOP 5.2. „Annahme von Spenden“

TOP 5.2.1 „Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte ‚Regenbogen‘“

TOP 5.2.2 „Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte ‚A.S. Makarenko‘“

. bittet Frau Felkl um Begründung der Dringlichkeit der nachträglichen Vorlage „Überplanmäßige Ausgabe – Anteil Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten“.

Frau Felkl

. sagt, dass es sich hierbei um eine eilbedürftige Vorlage handele, da Pflichtausgaben geleistet würden. Um im November und Dezember noch zahlungsfähig zu sein, müsse die Vorlage in der heutigen Sitzung beschlossen werden.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass es zu TOP 5.5 seit letzter Woche eine neue Version gebe.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 18.09.2017

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr von Malottki

. bittet auf Seite 12 Folgendes zu ändern:

„Herr Dr. Fassbinder

. weist die implizit geäußerte Unterstellung, dass die Verwaltung nur daran interessiert sei, Bauland auszuweisen, entschieden zurück.“

ändern in

„Herr Dr. Fassbinder

. betont, dass die Befürchtungen unbegründet sind und die Verwaltung nicht daran interessiert sei, Kleingärten zu Bauland auszuweisen.“

. begründet diese Änderung: Hintergrund sei die Befürchtung von Bürgern gewesen, dass Kleingärten als Bauland ausgewiesen werden sollen. Aus seiner Sicht habe der Oberbürgermeister gesagt, dass die Befürchtungen unbegründet seien, jedoch sei damit keine implizite Unterstellung verbunden gewesen.

Der Oberbürgermeister

. sagt, dass es sich dann um ein Missverständnis seinerseits gehandelt habe und er mit dieser Änderung einverstanden sei.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	3

TOP 4. Beschlusskontrolle

Keine Anmerkungen

Herr Prof. Dr. Hardtke nimmt an der Sitzung des Hauptausschusses teil.

TOP 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

TOP 5.1. Vorstellung Hotelvorhaben am Museumshafen (A 9-Quartier)

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr Maas

. stellt das Projekt, die Betreiber und Architekten kurz vor.
(Die Präsentation wird als Anlage zum Protokoll beigefügt.)

Der Oberbürgermeister

. fragt, ob eine erneute Präsentation durch die Betreiber von den Mitgliedern des Hauptausschusses gewünscht sei.

Dies wird verneint.

Herr Dr. Fassbinder

. sagt, dass dann nun die Möglichkeit bestehe, Fragen zu beantworten.

Herr von Malottki

. möchte wissen, ob auch andere Standorte aus der Sicht der Betreiber möglich seien (beispielsweise das Gebiet B-Plan 55).

Herr Wittlinger

. antwortet, dass drei Jahre lang am geeigneten Standort gearbeitet worden sei. Dieser Standort sei ausgesucht worden, da er viele Voraussetzungen erfülle, die für ein Hotel ein Weg zum Erfolg sei.

- Wassersicht
- fußläufige Erreichbarkeit der Universität
- direkter Zugang zum Marktplatz
- Eingliederung in die Silhouette der Stadt
- Wohlfühlmöglichkeit der Touristen durch Umgebung
- Optimaler Schnitt

Herr Dr. Kasbohm

. sagt, dass er aus den Medien entnommen habe, dass ein 4-Sterne-Hotel geplant sei; im Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung sei von 3 Sterne plus die Rede gewesen.

Herr Winter (Betreiber des zukünftigen Hotels)

. antwortet, dass alle von ihm betriebenen Hotels – bis auf eine Ausnahme – mit 4 Sternen zertifiziert seien. Der Unterschied zwischen 3 und 4 Sternen sei minimal. Dieser werde deutlich in der Serviceausrichtung oder der Kubatur. Es komme auf die Angebote an. Es werde jedoch ein 4-Sterne-Niveau angestrebt.

Herr Earley

. berichtet, aus der baulichen Sicht, dass diesbezüglich einige Parameter von Bedeutung seien. Zum einen sei es die Größe des Zimmers, die eine gewisse Schwelle erreichen müsse. Die Unterschiede beim Baubudget zwischen 3 und 4 Sternen seien dagegen kaum zu spüren.

Herr Rodatos

. sagt, dass das Thema „Barrierefreiheit“ auch bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur angesprochen worden sei. Durch die Gestaltung der Parkplätze sei es wahrscheinlich nicht möglich, Hotelgästen mit körperlichen Beeinträchtigungen einen kurzen Anreiseweg und demnach auch einen Parkplatz vorm Gebäude anzubieten.

. fragt, ob dies in der Planung vorgesehen sei oder ob man sich damit noch beschäftigen müsse.

Herr Earley

. antwortet, dass es baulich vorgesehen sei, eine Vorfahrt zu erarbeiten und somit die Anreise zu ermöglichen. Jedoch müsse klargestellt werden, dass es bei diesem Projekt nicht, wie bei anderen Hotels, eine eigene Tiefgarage gebe.

Herr Multhauf

. sagt, dass seit langer Zeit bekannt gewesen sei, dass dieses Gebiet irgendwann bebaut werde und nicht für immer eine Fläche mit Parkplätzen bleibe.

. kritisiert, dass er als Mitglied der Bürgerschaft wichtige Informationen – nicht nur in dieser Hinsicht – aus der Zeitung erfahre.

Herr von Malottki

. geht auf die Parkplatzsituation ein und möchte wissen, ob das für die Gäste umsetzbar sei.

Herr Earley

. antwortet, dass es die Möglichkeit gebe, auf der gegenüberliegenden Seite für 1,00 EUR zu parken. Für diese Kosten werde es sehr schwer zu bauen oder jemanden zu überzeugen, das Angebot einer Tiefgarage anzunehmen. Es seien fünf bis sechs

Obergeschosse geplant. Das Verhältnis der Ober- und Untergeschosse im Vergleich zum Schnitt sei nachteilig.

Herr Winter

. ergänzt, dass es auch bei anderen Hotels eine Distanz von 3-5 min Fußweg zwischen Parkplatz und Hotel gebe. Dies stelle kein Problem dar. In der Regel werde bereits bei der Anreiseinformation auf die umliegenden Parkflächen verwiesen. Außerdem gebe es einen Großteil der Gäste, die nicht mit dem Auto anreisen.

Herr Wittlinger

. geht auf die Auslastung der Parkplätze ein und weist daher darauf hin, dass genügend Stellplätze zur Verfügung ständen. Außerdem sei der Bau einer Tiefgarage in der Nähe des Hafens besonders schwierig. In einem Gespräch mit dem Dekan der Universität sei zur Reisekostenverordnung für Universitätsangehörige gesprochen worden. . meint, dass es wichtiger sei, dass die Kongressteilnehmer der Universität im Rahmen der Reisekostenverordnung übernachten könnten, als dass eine teure Tiefgarage errichtet werde, die den Kostenrahmen sprengte.

Der Oberbürgermeister

. ergänzt, dass die angesprochenen Auslastungsraten für die Parkhäuser gelten und nicht für die sonstigen Parkplätze in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Herr Earley

. weist auf die Gebührenordnung der Parkplätze hin und auf möglichen Optimierungsbedarf im Zuge der Eröffnung des Hotels.

Der Oberbürgermeister

. bedankt sich bei den Herren für ihr Kommen. . ergänzt, dass die nun gestrichenen Parkplätze für die Anwohner ersetzt werden würden. Es werde jedoch noch eine detailliertere Ausarbeitung erfolgen, um deutlich zu machen, dass für die Anwohner kein Verlust an Parkplätzen (wegfallende werden an andere Stelle ersetzt) entstehen werde. Dies sei für den nächsten Gremienlauf vorgesehen.

TOP 5.2. Annahme von Spenden

TOP 5.2.1. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „Regenbogen“

06/1152
HA-251/17 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Sachspende. Die Firma „Müller Verkehrsleiteneinrichtungen GmbH“ spendet der Kindertagesstätte „Regenbogen“ eine neue Waschmaschine im Wert von 200,00€“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.2.2. Annahme einer Sachspende für die Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“

06/1153
HA-252/17 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Sachspende. Dr. Volker Worm spendet der Kindertagesstätte „A.S. Makarenko“ einen neuen Wärmepumpentrockner im Wert von 399,00€“

Ergebnis: einstimmig	Ja-Stimmen 0	Nein-Stimmen 0	Enthaltungen 0
-------------------------	-----------------	-------------------	-------------------

TOP 5.3. Personalentwicklungskonzept ab 2017

06/1108.2 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Frau Brucki

. stellt das Konzept vor.

(Die PowerPoint-Präsentation wird als Anlage zum Protokoll beigefügt.)

Herr Rodatos

. bedankt sich für die Präsentation.

. geht auf den berufsbegleitenden Studiengang ein, welcher mit der technischen Akademie Wuppertal durchgeführt werde.

. wundert sich, dass es keine Alternativen in Mecklenburg-Vorpommern gebe.

Frau Brucki

. erklärt, dass der Studiengang auf Verwaltungsmanagement ausgelegt sei.

Frau Demuth

. ergänzt, dass die neue Entgeltordnung ein Problem dargestellt habe. Dort werde ein Bachelor als Abschluss gefordert.

Einige Mitarbeiter der Verwaltung hätten sich bereits durch eine Fortbildung an der Verwaltungsakademie und am Studieninstitut weitergebildet. In wenigen Semestern werde es ihnen nun ermöglicht, den Abschluss als Bachelor zu erlangen.

Herr Rodatos

. wünscht sich, bei Gewinnung von externem Personal verstärkt an die Universität heranzutreten. Es gebe eine große Anzahl von Personen, die zum Studieren in die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kämen, dann merken, dass das Studium nichts für sie sei und nach dem Studienabbruch Greifswald wieder verließen.

Viele Menschen wüssten nicht, dass es für sie die Möglichkeit gebe, in die kommunale Verwaltung einzutreten.

. fragt, ob es einen Widerspruch zwischen der externen Personalgewinnung und des Nichtvorhandenseins der beamtenrechtlichen Voraussetzungen gebe.

Frau Demuth

. antwortet, dass man sich überlegen müsse, ob das Konzept der Greifswalder Stadtverwaltung erweitert werden müsse, um anderen Personen die Möglichkeit zu bieten, auf Beamtenstellen zu wechseln. Es habe jedoch nicht jeder die notwendigen Voraussetzungen.

Herr Rodatos

. sagt, dass auf Seite 17 des Personalentwicklungskonzeptes formuliert sei, dass die Anzahl der Qualifikationen/berufsbegleitende Fortbildungen für den nächsten betrachteten Zeitraum sinken würde.

. möchte wissen, ob es sich hierbei um die Fortbildungen handle, die die Mitarbeiter/innen qualifiziere, höhere Stellen anzustreben.

In welchem Kontext stehen diese Zahlen?

Frau Brucki

. antwortet, dass es sich hierbei um einen Ist-Zustand handele.
Es seien definitiv noch höhere Zahlen in Planung. Derzeit seien 5 Mitarbeiter/innen zu einem Studiengang „Bachelor of Arts (B.A.), Schwerpunkt Verwaltungsmanagement (Public Management)“ delegiert worden, welcher vollständig von der Stadtverwaltung finanziert werde. Es müsse erst einmal festgestellt werden, wie die Qualität der Lehre und die Rückkopplung sei und ob dieser Studiengang den Vorstellungen entspreche oder ob man sich doch für einen anderen Weg entscheiden müsse.

Herr Rodatos

. hat festgestellt, dass es eine Projektgruppe zum Gesundheitsmanagement gebe, die einen Förderplan (dieser gelte nur intern) erstelle und regelmäßig im Senat und im Personalrat berichte.
. fragt, wie intern diese Informationen seien.
. hat gesehen, dass es finanzielle Zuschüsse für bestimmte Projekte gebe. Nun sei die Frage, ob Entwicklungsbedarf gesehen werde und zusätzliche finanzielle Mittel benötigt würden oder ob das Angebot bereits jetzt sehr gut angenommen werde.

Frau Demuth

. sagt, dass die Mittel erst einmal ausreichend seien. Die Maßnahmen müssten jedoch auch organisiert und durchgeführt werden.

Frau Brucki

. ergänzt, dass es seit 2009 die betriebliche Gesundheitsförderung gebe und dementsprechend würden in der Haushaltsplanung immer Mittel dafür berücksichtigt.

Frau Demuth

. wirft ein, dass dies in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen passiere.

Herr von Malottki

. teilt die Ausgangsanalyse mit dem Problem des demographischen Wandels bezogen auf Greifswald nicht. Es gebe hier ein großes Repertoire an jungen Menschen, das man versuchen müsse, für sich zu gewinnen.
. fragt, wie viele Praktika vergeben werden z. B. im Jahr 2017.
. möchte wissen, ob es eine geregelte Kooperation mit der Ernst-Moritz-Arndt-Universität gebe, beispielsweise in der Frage: Rekrutierung von Studienabbrechern oder Absolventen.

Frau Demuth

. kann keine genau Zahl an vergebenen Praktika benennen. Jedoch sei die Zahl sehr rückläufig gewesen. Die Raumfrage stelle ein großes Problem dar. Es gebe keine Möglichkeiten die Praktikanten unterzubringen.
Bezüglich der Studienabbrecher bestehe zu der Universität kein Kontakt.

Herr Multhauf

. weist darauf hin, dass „für die nächsten Jahre“ nicht nur, wie im Konzept angegeben, bis 2021 bedeute, sondern auch längerfristig geplant werden müsse.
. sagt, dass die Vorlage aus seiner Sicht in die Sitzung der Bürgerschaft gehöre und in einen Ausschuss, in dem Detailfragen, wie eben genannt, beantwortet werden können.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass es sich hierbei um eine Information und nicht um einen Beschluss handele. Vor einiger Zeit sei festgelegt worden, dass Informationsvorlagen – egal welcher Art – in Fachausschüssen enden. Für dieses Thema gebe es jedoch keinen anderen Ausschuss und daher sei es ausnahmsweise im Hauptausschuss behandelt worden.

Frau Demuth

. sagt, dass die Greifswalder Verwaltung bei den Bachelor-Ausbildungen Vorreiter in Mecklenburg-Vorpommern sei.
Auf den externen Bereich müsse zurückgegriffen werden. Ganz problematisch sei es bei der Suche nach Tiefbauingenieuren.
Eine weitere Planung als bis 2021 würde zu einer Unübersichtlichkeit führen, da so viele weitere Faktoren berücksichtigt werden müssten.

Herr Dr. Kerath

. teilt den Ansatz von Herrn Multhauf und findet, dass auch alle Mitglieder der Bürgerschaft diese Vorlage zur Kenntnis nehmen sollten.
. sagt, dass der demographische Wandel ein flächendeckendes Problem sei, welches nicht nur in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald existiere.
. möchte wissen, was die Stadt Greifswald hervorheben könnte. Die Stadtverwaltung trete in Konkurrenz mit allen anderen Stadtverwaltungen (Kommunal-, Landes-, Bundesverwaltungen...). Daher stelle sich die Frage, was junge Menschen dazu bewegen könnte, ausgerechnet in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald anzufangen und nicht in anderen Städten.

Frau Brucki

. antwortet, dass sie gerade dabei seien, ein Ausbildungs- und Personalmarketingkonzept zu erstellen und dabei das Alleinstellungsmerkmal herauszuarbeiten. Anreize seien, dass Greifswald durch die Universität eine junge Stadt sei, einen attraktiven Standort habe, dicht am Wasser liege u. v. m.

Der Oberbürgermeister

. fügt ergänzend hinzu, dass die Stadtverwaltung gern innovativer und flexibler wäre, jedoch sei sie auch gewissen Regeln unterworfen, die nicht veränderbar seien. Bezüglich der Praktika gebe es nicht nur ein personelles, sondern auch ein räumliches Problem.
. lässt darüber abstimmen, ob die Vorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werden soll:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	4	4

Herr Dr. Fassbinder

. korrigiert den Beschlusstext:
„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt das Personalentwicklungskonzept zur Kenntnis.“

Die Vorlage wurde von den Mitgliedern des Hauptausschusses zur Kenntnis genommen.

TOP 5.4. Kein Ausweis von befristet niedergeschlagenen Forderungen unter 250,00 Euro im Rechnungswesen 2012 – Ausräumen B 56 Prüfbericht Jahresabschluss 2012

06/1166.1

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.5. Festlegung von Wesentlichkeitsgrenzen für die Erstellung der Jahresabschlüsse der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gemäß §§ 44 Abs. 3, 45 Abs. 3, 46 Abs. 2 und Abs. 3, § 47 Abs. 2 und 48 Abs. 2 Nr. 16 der GemHVO-Doppik und § 12 Abs. 1 KomDoppikEG M-V

06/1167.1

Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.
. stellt klar, dass es hierbei um die Darstellung im Anhang gehe und nicht darum, dass man sich mit Projekten unter 100 TEUR nicht mehr beschäftige.

Herr Dr. Kasbohm

. sagt, dass die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses sich darauf verständigt hätten, dass geprüft werde, wenn der Jahresabschluss 2014 abgeschlossen worden sei, welche Erfahrungswerte mit den 100 TEUR vorlägen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.6. Annahme einer Spende des Fördervereins Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek

06/1160
HA-253/17 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr Multhauf

. sagt, dass in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt ein Antrag zum Ortsteilbudget am 04.09.2017 eingegangen sei. Am 07.09.2017 sei diesem Antrag in der Ortsteilvertretung einstimmig zugestimmt worden. Seitdem seien über 7 Wochen vergangen und bisher gebe es keine Rückmeldung.
. bittet den Oberbürgermeister, bezüglich des Ortsteilbudgets bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung klarzustellen, dass die Bearbeitung zügiger und unkomplizierter ablaufe.

Der Oberbürgermeister

. wird darauf unter TOP 7 „Mitteilungen des Oberbürgermeisters“ genauer eingehen.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 900,- EUR vom Förderverein der Stadtbibliothek.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.7. Umsetzungsbeschluss zur Errichtung einer neuen Grundschule mit Orientierungsstufe einschließlich Hort und Sporthalle am Standort Verlängerte Scharnhorststraße (B-Plan-Gebiet Nr. 114)

06/1109.1

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr von Malotki

. bittet darum, in der Bürgerschaft zu sagen, wie sich die einzelnen Fraktionen positionieren.

Der Oberbürgermeister

. informiert, dass die noch offenen Fragen zu dieser Beschlussvorlage in dieser Woche noch beantwortet würden.

Herr Dr. Kasbohm

. stellt klar, dass sich der Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur und öffentliche Ordnung mehrheitlich für die Variante 1 a) Inklusionsstandard entschieden habe.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.8. Neufassung der Benutzungs- und Gebührenordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Durchführung von Märkten und Veranstaltungen auf kommunalen Flächen
06/1161

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr Dr. Kerath

. sagt, dass er bezüglich der Umsatzsteuer eine ganze Reihe an Fragen im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen gestellt hätte und bisher keine Antwort erhalten habe.

. möchte wissen, ob dies heute erfolgen werde.

Herr Maas

. bejaht dies.

Die Änderung der Gebühren ergebe sich aufgrund einer Betriebsprüfung. Während der Betriebsprüfung sei festgestellt worden, dass die Stellflächen, die den Gewerbetreibenden als Marktstellplatzfläche zur Verfügung gestellt würden, grundsätzlich umsatzsteuerbefreite Leistungen nach § 4 Nr. 12 a) Umsatzsteuergesetz seien. Bisher sei immer die Optierung nach § 9 Umsatzsteuergesetz gezogen worden. Die Betriebsprüfung habe ergeben, dass nur ca. die Hälfte der Händler nachweisen habe können, dass die Stellfläche ausschließlich für Umsatzgewinnung bzw. beabsichtigte Umsatzgewinnung verwendet werde, die den Vorabzug rechtfertigen. Um dem Konflikt aus dem Weg zu gehen, in Zukunft jedes Mal von der Betriebsprüfung darauf wieder angesprochen zu werden, habe man nun die Optierung verworfen und sei nun wieder auf die Bruttobesteuerung gewechselt. Dies erhöhe nun die Gebührenansätze.

Herr Dr. Kerath

. fragt, ob in den Kalkulationen die Netto- oder Bruttowerte verwendet worden seien.

Herr Winckler

. sagt, wenn die Stadt die Vorsteuer auch nicht mehr ziehe, dann seien das die Bruttowerte.

Es handele sich um eine Kalkulation, d.h. es würden Annahmen (z.B. Unterhaltungskosten der Marktflächen, Investition incl. Mehrwertsteuer) getroffen werden.

Herr Multhauf

- . befürwortet, dass es sich hierbei nicht um exorbitante Erhöhungen handele.
- . sagt, dass vom Marktmeister mitgeteilt worden sei, dass der Markt beim Möwencenter vom derzeitigen Standort verlegt werde.
- . möchte wissen, ob es diesbezüglich Überlegungen/Verhandlungen gebe.

Herr Kremer

- . antwortet, dass für die Beantwortung dieser Frage die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden müsse, da über Grundstücksangelegenheiten nicht öffentlich gesprochen werden solle.

Der Oberbürgermeister

- . fragt, ob es sich hierbei um städtisches Grundstück handele.

Herr Kremer

- . antwortet, dass Teile davon der Stadt zugehörig seien.
Die öffentliche Fläche, die derzeit genutzt werde, gehöre der Stadt.

Der Oberbürgermeister

- . sagt, dass die Frage dann im nichtöffentlichen Teil beantwortet werde.

Herr Prof. Dr. Hardtke

- . sagt, dass die Händler nicht generell einen Vorteil aus diesem Vorhaben zögen. Wirtschaftlich gesehen, werde es für die Händler teurer, da in den erhöhten Preisen die Mehrwertsteuer enthalten gewesen seien, die der Händler zurückbekommen hätte. Ausgenommen seien Kleinunternehmer.

Herr Winckler

- . sagt, dass es sich bei den Kleinunternehmern um eine Zielgruppe zur Entwicklung des Marktes gehandelt habe. Es sei gewollt, dass die regionalen Produkte auf den Markt kommen sollten. Durch das Nichtaufschlagen der Mehrwertsteuer würden die Kleinunternehmen entlastet. Für die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen handele es sich jedoch um eine marginale Erhöhung.

Herr Prof. Dr. Hardtke

- . bittet um eine Aufstellung, wie viele Kleinunternehmer und umsatzsteuerpflichtige Unternehmen betroffen seien.

Herr Winckler

- . antwortet, dass dies Gegenstand der Betriebsprüfung gewesen sei und das Ergebnis ein 50:50-Verhältnis ausgewiesen habe.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.9. Information des Hauptausschusses über Vergaben im VOB-Bereich 1.Halbjahr 2017

06/1212 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Hauptausschusses haben diese Beschlussvorlage zur Kenntnis genommen:

„Der Hauptausschuss wird über die im 1. Halbjahr 2017 durchgeführten Vergaben im VOB-Bereich

informiert.“

TOP 5.10. Konzept - Masterplan 100% Klimaschutz

06/1162 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.11. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes Schönwalde II für das Programmgebiet „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“

06/1164 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr von Malottki

- . befürwortet dieses Konzept.
- . geht auf die Ausschreibung bezüglich des Quartiersmanagements ein. Die Ortsteilvertretung Schönwalde II/Groß Schönwalde sei bisher noch nicht in das Verfahren eingebunden worden, wie es im Beschluss der Bürgerschaft festgelegt worden sei.
- . fragt, ob der Prozess der Ausschreibung immer noch nicht begonnen habe. Es sei nicht gut, dass die derzeitigen Mitarbeiter noch nicht wüssten, wo sie ab 01.01.2018 beschäftigt seien.

Der Oberbürgermeister

- . sagt, dass bei einer Ausschreibung nie bekannt sei, wer am Ende den Zuschlag erhalte.

Herr von Malottki

- . stellt klar, dass die Entscheidung zur Ausschreibung vor dem 01.01.2018 gefällt werden sollte.

Der Oberbürgermeister

- . geht darauf ein und sagt, dass es das Ziel der Verwaltung sei, die Stelle ab 01.01.2018 – also nahtlos – zu besetzen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 5.12. Erstellung einer Bestandsanalyse und eines Konzeptes für Straßenlaternen

06/1185 **Der Oberbürgermeister**
. ruft den TOP auf.
. gibt zu bedenken, dass die Deckungsquelle „FAG-Erhöhung“ nicht zulässig sei.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.13. Strandbad Eldena

06/1187 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr Multhauf

. bittet, dass die Titel genauer definiert werden.

Die Einbringer werden das berücksichtigen.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.14. Fortschreibung Sozialanalyse 2016

06/1208 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.15. Zuschuss für Kleingartenverband

06/1230 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

TOP 5.16. Überplanmäßige Ausgabe – Anteil Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten

06/1235
HA-254/17 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Frau Felkl

. bringt die Beschlussvorlage ein.

Herr von Malotki

. fragt, ob dies mit dem Sinken der Landeszuweisungen zusammenhänge oder ob diese Verschiebung ausschließlich auf den Beschluss des Kreistages zurückgehe.

Frau Felkl

. antwortet, dass die Landesmittel sich nicht verändert hätten. Diese würden nach einer Stichtagserhebung ausgereicht und dann an die Landkreise verteilt werden, welche sie an die Träger weiterverteilen.

. bestätigt, dass der Vorgang auf den Beschluss des Kreistages zurückgehe. Eine zusätzliche Beeinflussung seien die Platzkosten.

Herr Multhauf

. hält den Beschluss des Kreistages für richtig.

. hat eine Frage zum Deckungsvorschlag. Diese Kosten seien nicht eingeplant und der Deckungsring Personalkosten sei eigentlich ausgeschöpft. Gebe es so große Reserven?

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass es Reserven gegeben habe – u. a. weil der Haushalt so spät genehmigt worden sei und daher Stellenbesetzungen erst jetzt vorgenommen werden können.

Herr Maas

. ergänzt, dass die Haushaltsstelle derzeit ausgeschöpft sei.

Auf Nachfrage von **Herrn Multhauf** erklärt **Frau Felkl**, dass es sich zum einen um eine

eigene Deckungsquelle aus dem Produkt des Amtes für Bildung, Kultur und Sport handele. Da diese Stelle jedoch nicht ausreichend finanzielle Mittel beinhaltete, sei die Kämmerei gebeten worden, nach einer weiteren möglichen Deckungsquelle zu suchen. Aufgrund der Tatsache, dass der Haushalt so spät genehmigt worden sei, seien im Deckungsring Lohn noch Mittel vorhanden, die durch das Haupt- und Personalamt dann für dieses Projekt freigegeben worden seien.

Herr Mundt

. bittet die Verwaltung erneut, die Bezeichnung der Sachkonten in Worten aufzuschreiben.

Herr von Malottki

. fragt, ob der Beschluss des Kreistages eine Rückwirkung auf den Beschluss der Bürgerschaft zur Verwendung des Betreuungsgeldes habe.

Frau Felkl

. antwortet, dass es selbstverständlich Auswirkungen habe. Wenn Eltern einen höheren Elternbeitrag zahlen müssen, müsse die Stadt dementsprechend auch einen höheren Anteil zurückerstatten.

Herr von Malottki

. möchte wissen, ob die Mittel trotzdem ausreichen werden.

Frau Felkl

. meint, dass es derzeit danach aussehe, dass die Mittel ausreichen werden. Jedoch würden kaum noch Mittel für Projekte übrig seien.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 157.500 € für den Anteil der Wohnsitzgemeinde an den Platzkosten der Kinderbetreuung.“

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

TOP 7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister macht folgende Mitteilungen:

- Stand Wackerow

Das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern sei um Einleitung eines Anhörungsverfahrens gebeten worden. Dies habe das Ministerium nun ausgesetzt, da die Gemeinde Wackerow nun auch mit anderen Gemeinden verhandele. Der Ausgang dieser Verhandlungen solle erst abgewartet werden.

Der Gemeinderat in Wackerow habe am 27.09.2017 beschlossen, mit den anderen Gemeinden Verhandlungen aufzunehmen und zu sehen, was deren Angebote seien.

Es liege bereits ein Entwurf eines Vertrages vor und werde in Wackerow diskutiert. Die Entscheidung liege nun erst einmal bei Wackerow.

- Umwandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften in Ehen

Es sei diesbezüglich ein Schreiben an den Herrn Minister Caffier, gegangen. Am 13.10.2017 habe Herr Caffier geantwortet und mitgeteilt, dass bei einer Umwandlung im selben Standesamt, in dem die Lebenspartnerschaft geschlossen worden sei, keine zusätzlichen Kosten anfallen würden.

- Ortsteilbudget

Es sei eine Richtlinie entworfen worden, die nach dem Treffen mit den Vorsitzenden der Ortsteilververtretungen leicht überarbeitet worden sei. Es sei deutlich geworden, dass das Verfahren nicht so einfach sei, wie man es sich vorstelle. Mit dem Ortsteilbudget würden öffentliche Gelder vergeben. Diesbezüglich gebe es Richtlinien und Gesetze, die eingehalten werden müssen. Denn irgendwann erfolge eine Überprüfung des Landesrechnungshofes, ob alles ordnungsgemäß eingehalten worden sei. Demzufolge müsse erst ein gängiges Verfahren entwickelt werden. Es müssen Fragen geklärt werden wie: ob es sich um eine institutionelle Förderung oder um einen Zuwendungsbescheid handle, welches Konto werde genutzt u. v. m..

Dies sei für die Verwaltung ein zusätzlicher Arbeitsaufwand.

Außerdem gebe es derzeit Probleme mit Anträgen, die für kurzfristige Ereignisse eingehen.

Eine der ersten Maßnahmen für das nächste Jahr sei daher eine Festschreibung, gewisse zeitliche Abstände einzuhalten. Ansonsten sei es durch die Verwaltung nicht leistbar.

Der Oberbürgermeister bittet um Verständnis, dass die Bearbeitung mal ein paar Wochen dauern könne, da es noch viele offene Fragen gebe, bestimmte Regelungen getroffen werden müssen und sich Verfahren einspielen müssten.

Die Richtlinie werde auch nach einer Weile überarbeitet, um bestimmte Erfahrungen einarbeiten zu können.

Herr Multhauf

. regt an, im Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern nachzufragen, ob es einen einfacheren und unkomplizierteren Weg gebe.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass man sich an die vorgegebenen Gesetze halten müsse, da es sich hier um öffentliche Gelder handle.

Im Laufe der nächsten Woche solle eine diesbezügliche Information an die Mitglieder der Ortsteilvertretungen gehen.

Weitere Mitteilungen seien:

- Amtsleiter des Rechnungsprüfungsamtes

Frau Dr. Oestreich ist gewählt und bestellt worden. Das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern habe bereits zugestimmt. Sie werde sobald wie möglich ihren Dienst antreten. Es gebe derzeit noch Verhandlungen.

- Stand Campingplatz

Es sei durch die Bürgerschaft beschlossen worden, dass der B-Plan aufgestellt werde und dass der städtebauliche Vertrag mit dem Investor abgeschlossen werde.

Normalerweise trage der Investor die Kosten für die gesamte Fläche und die Stadtverwaltung trage die Kosten des Verfahrens.

Da hier jedoch ein besonderes öffentliches Interesse bestehe, dass der Campingplatz bestehen bleibe, sei festgelegt worden, dass die Stadtverwaltung anteilmäßig Kosten für die städtischen Flächen übernehme. 43 Prozent der Flächen seien städtisches Eigentum und 57 Prozent würden dem Investor gehören. Dementsprechend werde eine Kostensplittung erfolgen.

Diese Woche sei der Entwurf des städtebaulichen Vertrages an den Investor gegangen.

Das Verfahren sei nicht sehr einfach, da sich der Vertragspartner häufig öffentlich – vor allem in sozialen Medien – über alle einzelnen

Verhandlungsschritte äußere. Oft würden auch in unangemessener Weise die Handlungen der Stadtverwaltung kommentiert. Dies mache es für die Mitarbeiter nicht einfach, mit der Angelegenheit umzugehen.

- **Grünschnittabholung**

Der Grünschnitt werde nicht mehr abgeholt, seitdem der Landkreis das neue Abfallkonzept beschlossen habe. Es werde dieses Jahr noch versucht, zusammen mit der VEVG an einem Samstag Grünschnittcontainer über das Stadtgebiet verteilt, aufzustellen. Diese könnten nur an diesem Tag befüllt und abgeholt werden. Es laufe derzeit über die Ortsteilvertretungen die Anfrage nach geeigneten Standorten.

- **Gäste aus Drohobytsch**

Es seien sechs Gäste aus Drohobytsch in Greifswald gewesen, die die Stadtwerke Greifswald GmbH, die Greifswald Marketing GmbH und das Abwasserwerk Greifswald besichtigt hätten. Alle Gesprächspartner seien von dem großen Interesse sehr angetan gewesen. Es sei vereinbart worden, den Dialog auf dieser Ebene fortzuführen. Die Ukraine sei dagegen viel weiter, was E-Government und öffentliche Digitalisierung betreffe. Diesbezüglich werde Greifswald sich Expertise von dort einholen.

TOP 8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Herr von Malottki

. fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass es eine Einwohnerversammlung zu der Parkplatzsituation A 9-Quartier geben werde, in der über mögliche Ausweichmaßnahmen informiert werde.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass vor dem nächsten Gremienlauf alles schriftlich dargelegt werde, wie die Maßnahmen ablaufen sollen. Es werde auch eine Anwohnerinformationsveranstaltung geben.

Herr von Malottki

. geht noch einmal auf sein Gespräch mit Frau Felkl zu den Mitteln bezüglich des Grundschulneubaus ein, bei dem Frau Felkl gesagt habe, dass die Mittel zwar ausreichen würden, jedoch kein Geld mehr für Projekte zur Verfügung stehe.
. möchte wissen, ob sich diese Aussage nur auf 2017 beziehe.

Frau Felkl

. geht davon aus.

Herr Multhauf

. geht auf einen Zeitungsartikel ein, in dem Frau von Busse zitiert werde, dass sich zu einer Ausschreibung – speziell Tischlerarbeiten – niemand gemeldet habe.
. möchte wissen, ob dies richtig sei und welches Objekt betroffen sei.

Herr Kremer

. antwortet, dass beim Bauvorhaben Ernst-Moritz-Arndt-Schule Tischlerarbeiten ausgeschrieben worden seien. Auf dieses große Los habe sich niemand beworben. Daraufhin sei das Los geteilt worden und es seien zwei Vergaben durchgeführt worden. Dann habe sich jemand gefunden, wobei dies kostenintensiver sei, als wenn man jemanden gefunden hätte, der das gesamte Projekt übernommen hätte. Bei anderen Ausschreibungen habe man ebenfalls die Erfahrungen gemacht, dass die Angebotspreise teilweise über den verpreisten Leistungsverzeichnissen lägen.

Herr Multhauf

. berichtet über Investitionen durch die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald in die Hertz-Straße. Auf der Ecke Hertz-Straße/Lomonossowallee gebe es einen Weg, der reparaturbedürftig sei. Nun habe sich die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald bereit erklärt, die Reparatur vorzunehmen. Es gebe jedoch vom entsprechenden Fachamt nur ausweichende Antworten. Die WVG mbH habe nun um Unterstützung der Ortsteilvertretung gebeten.
. wirbt dafür, der WVG mbH zu gestatten, den Weg zu reparieren.

Der Oberbürgermeister

. antwortet, dass es Gespräche mit der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald gebe. Heute sei mit Herrn Adomeit darüber gesprochen worden und es werde eine Lösung gefunden.

Herr Dr. Kerath

. fragt, ob Frau Schlegel ihre Mitteilungen aus der Sitzung der Bürgerschaft am 05.10.2017 bezüglich der BauBeCon zu Protokoll geben könnte.

Frau Schlegel

. antwortet, dass sie es in der kurzen Form, wie sie es gesagt habe, gern zu Protokoll geben könne. Wenn jedoch eine ausführlichere Ausarbeitung gewünscht werde, benötige sie mehr Zeit – zum Beispiel bis Ende des Jahres. Hintergrund sei, dass im September 2017 ein Schriftsatz von der BauBeCon eingegangen sei. Fast zeitgleich habe die Stadtverwaltung 14 Anträge gestellt. Es sei ein großer Informationsaustausch erfolgt und um dies alles noch einmal zu durchdringen und übersichtlich darzustellen, werde etwas mehr Zeit benötigt.

Herr Dr. Kerath

. wartet bis zum Ende des Jahres.

TOP 9. Mitteilungen der Präsidentin

keine

TOP 10. Schluss der Sitzung

Der Oberbürgermeister beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses um 19:50 Uhr.

für das Protokoll

Dr. Stefan Fassbinder
Oberbürgermeister

Sarah Wiesenberg
Sachbearbeiterin
Sitzungsdienst Hauptausschuss

Anlagen:

- Zu TOP 5.1 – PowerPoint-Präsentation zu A 9-Quartier
- Zu TOP 5.3 – PowerPoint-Präsentation zum Personalentwicklungskonzept